

Kein sicherer Schutz vor Überflutung

BAUAUSSCHUSS Wolfsbach soll Wassermassen aus Stoßdorf aufnehmen - Dämpfer für Deichverlegungsantrag aus Bröl

VON KLAUS HEUSCHÖTTER

Hennef. Die Stoßdorfer blieben skeptisch, die Bröler schüttelten die Köpfe. Was am Dienstagabend in der Bauausschuss-Sitzung vorgetragen und beschlossen wurde, verspricht keinen sicheren Schutz vor Überschwemmungen ihrer Grundstücke und Keller.

Nach dem sintflutartigen Regen, der am 20. Juni vergangenen Jahres insbesondere Abschnitte des Königsberger Wegs und der Ringstraße in Stoßdorf unter Wasser setzte, hatte die Stadt eine Überflutungsanalyse in Auftrag gegeben. Gert Graf-van Riesenbeck vom Ingenieurbüro Pecher (Erkrath) simulierte mit Hilfe eines digitalen Geländemodells die Folgen von Starkregen-Ereignissen. Wenn die Kanalisation die Wassermassen nicht mehr fassen kann, heißt es vor allem in einer Geländemulde am Königsberger Weg "Land unter". Um die Mulde zu entwässern, rät der Fachmann zur Ableitung des Niederschlags in den Wolfsbach. Für diese "Notentlastung" müsse ein Kanal oder Graben gebaut werden, was zwischen 300 000 und einer Million Euro kosten könne. Bei Starkregen, wie er statistisch alle 20 Jahre vorkomme, sei damit "eine deutliche Verbesserung" zu erreichen, nur noch im Straßenraum stünde das Wasser dann drei bis vier Zentimeter hoch.

Nicht untersucht wurde der Fall, dass zeitgleich in Geistingen so viel Regen niedergeht, dass der Wolfsbach bereits voll ist. Auch bei einem so genannten 100-jährlichen Starkregen würden trotz Notentlastung Keller und Garagen in Stoßdorf wieder volllaufen. Den Betroffenen bleibt nur, mit Abmauerungen und wasserdichten Toren, Türen und Fenstern auf eigene Kosten Vorsorge zu treffen. Ausgeschlossen ist laut Volker Arnold von den Stadtbetrieben immerhin, dass das Hochwasserpumpwerk in der Siegaue noch einmal ausfällt, was im Juni 2013 zur Flutkatastrophe im Wohngebiet führte. Das Pumpwerk wurde entsprechend aufgerüstet.

Tipps für private Vorkehrungen

Der Ausschuss beschloss, eine Vorplanung mit Varianten für die Wasserableitung in den Wolfsbach erstellen zu lassen. Außerdem sollen die betroffenen Haushalte Ratschläge für den privaten Objektschutz bekommen.

Keinen Erfolg hatten 21 Haus-, Wohnungs- und Grundstückseigentümer aus Bröl mit ihrem Antrag, den Müschmühler Schutzdeich nach Westen zu verlegen, um dort Retentionsraum für den Brölbach zu schaffen. Auch der Aggerverband hatte dies bereits im Zuge des Hochwasserrisiko-Managements angeregt. Die Maßnahme sei sinnvoll, stimmte Rüdiger Wiegel von den Stadtbetrieben zu, verpasste den Erwartungen der 21 Anlieger der Straße "Am Brölbach" aber einen Dämpfer. "Die Angst der Anwohner vor dem Hochwasser ist verständlich, aber es steht, überspitzt gesagt, ja noch nicht in ihrem Wohnzimmer." Man könne nicht einzelne Punkte schützen, ohne die Gesamtsituation in Hennef zu betrachten. Wiegel verwies auf andere Orte, wie etwa Müschmühle und das Wochenendhausgebiet in Bülgenuel, die bei Hochwasser der Sieg gefährdet seien. Die geforderte Deichverlegung in Bröl koste viel Geld und schütze laut Hochwassergefahrenkarte der Bezirksregierung nur zweieinhalb Häuser. Auch sei zu prüfen, ob die Anwohner ihre Baugenehmigungen einhielten, wonach die Gärten im Abstand von 25 Metern

zur Bröl von Bäumen, Schuppen, Gewächshäusern und Ähnlichem freizuhalten seien.

Helmut Schumacher, einer der Antragsteller, widersprach heftig. "Das ist nichts anderes als der Versuch, den Bürgerantrag ans Ende einer Liste von potenziellen Hochwasserschutzprojekten zu schieben oder gar gänzlich abzuschmettern." Die Stadtverwaltung nehme die real existierende Gefahr in der Straße Am Brölbach nicht ernst und klammere sich stattdessen an theoretisch berechnete Überschwemmungsgebietsgrenzen. Mit Fotografien von 1994 und 2011, die überflutete Grundstücke zeigen, versuchte Schumacher den Gegenbeweis anzutreten.

Etatmittel für Gesamtschau

Grünen-Fraktionschef Matthias Ecke zeigte Verständnis für den Ärger der Bürger aus der Brölaue. Die Stadt habe dort trotz der bekannten Problematik Bauland ausgewiesen, aber bis heute nicht den geforderten Ausgleichsraum für die Bröl geschaffen, "das verlangt eine Antwort." "Ich kann die Leute an der Bröl verstehen", sagte Günter Kania (CDU), "wir müssen aber gerecht sein gegenüber anderen Bürgern und können keine Einzelfallbetrachtung machen."

Beschlossen wurde, den Bröler Antrag innerhalb einer "Gesamtschau aller erforderlicher Hochwasserschutzmaßnahmen" zu prüfen. Für diese Gesamtschau stehen Etatmittel zur Verfügung.